

Taxi-Positionen einiger Parteien zur Wahl des Abgeordnetenhaus von Berlin

Erarbeitet am 16.9.2026 mit dem KI-Tool des Tagesspiegel zur Berlin-Wahl 2026

<https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/wahlprogramme-berlin-wahl-2026-jede-frage-stellen/>

Frage 1: "Taxigewerbe"

Antworten

CDU

Automatisch zusammengefasst: **Kein Vorschlag.** In den gefundenen Textstellen findet sich dazu nichts oder zu wenig — das heißt nicht, dass die Partei keine Position hat.

"Wir werden organisierten Sozialleistungsmissbrauch, Scheinanmeldungen und den Missbrauch der europäischen Freizügigkeit konsequent bekämpfen, indem wir Erfassungsverfahren verbessern und den automatisierten Datenabgleich zwischen Jobcentern und Behörden ausbauen. Zudem sollen Fahrzeughalterdaten regelmäßig abgefragt werden, um missbräuchliche Nutzung hochpreisiger Fahrzeuge schnell zu erkennen, entsprechende Vermögenswerte sicherzustellen und auf Sozialleistungen anzurechnen.

Wir werden die Anzahl von regelmäßigen Verbundeinsätzen von Ordnungsämtern, Polizei, Jobcentern, Familienkasse, Steuerfahndung und Justiz gegen Sozialleistungsbetrug und Wirtschaftskriminalität erhöhen. So können kriminelle Netzwerke schneller identifiziert, illegale Geschäftsmodelle unterbunden und Vermögenswerte konsequent abgeschöpft werden."

SPD

Automatisch zusammengefasst: Schützt das Taxigewerbe vor unlauterem Wettbewerb

- Einführung eines Mindestbeförderungsentgelts für appvermittelte Mietwagen
- Ermöglichung der Fahrgastaufnahme am BER für alle Berliner Taxen

Grüne

Automatisch zusammengefasst: Fordert Ausbau von Inklusionstaxis in Berlin

- Einführung vereinheitlichter Bezahlssysteme für Inklusionstaxis
- Bereitstellung von mindestens 250 Inklusionstaxi

"Der ÖPNV soll für seh- und lernbeeinträchtigte Menschen selbstständig nutzbar sein – von „sprechenden Fahrzeugen“ über barrierefreie BVG-Apps bis zu umgebauten Bus- und Tramhaltestellen. Fahrstühle bei BVG und S-Bahn sollen zuverlässig funktionieren,

unterstützt durch eine Fahrstuhl- und Wartungsoffensive. Alternative Mobilitätsangebote wie das Rufbusangebot BVG Muva bleiben so lange erhalten, bis alle Stationen zuverlässig erreichbar sind. Wir Grüne setzen auf vereinheitlichte Bezahlssysteme für Sonderfahrdienst und Inklusionstaxi und streben zusätzlich zum BVG Muva mindestens 250 Inklusionstaxis in Berlin an. Die Ausweisung von Schwerbehindertenparkplätzen wollen wir vereinfachen und beschleunigen."

Linke

Automatisch zusammengefasst: Stärkt das Taxigewerbe und fordert faire Wettbewerbsbedingungen

- Verpflichtung von Mietwagenunternehmen zur Installation von Fiskaltaxametern
- Einführung von Mindestpreisen für Mietwagen
- Strukturelle Integration des Taxigewerbes in den öffentlichen Personennahverkehr
- Förderung der Anschaffung von Inklusionstaxen

"Berlin braucht ein funktionierendes Taxigewerbe

Wir beenden die Bevorteilung von Vermittlungsplattformen wie Uber und stärken das Berliner Taxigewerbe, das eine wichtige Aufgabe im öffentlichen Nahverkehr übernimmt. Kontrollen von Mietwagenunternehmen müssen bezüglich der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen deutlich verstärkt werden. Wir werden nach dem Vorbild Hamburgs Mietwagenunternehmen zur Installation von Fiskaltaxametern verpflichten, damit Kontrollen wirksam durchgeführt werden können, und führen Mindestpreise für Mietwagen ein. Wir setzen uns für den Erhalt von qualitativ gut ausgestatteten Taxihalteplätzen und attraktive Bedingungen für das Taxigewerbe am Hauptbahnhof ein. Im Senat wird es künftig eine zentrale Ansprechperson für Taxihalteplätze geben.

Wir werden uns in Verhandlungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald für ein Laderecht aller Berliner Taxen am Flughafen BER einsetzen. Wir entwickeln unter Einbeziehung der Taxiverbände und der BVG ein Konzept für ein Frauen*-Nachttaxi als Ergänzung des ÖPNV."

"Das Taxigewerbe ist strukturell in den öffentlichen Personennahverkehr zu integrieren, um einheitliche Standards, faire Wettbewerbsbedingungen und soziale Absicherung sicherzustellen. Plattformökonomie darf nicht zu einer Fragmentierung öffentlicher Infrastruktur führen. Ein Public-Interest-Innovation-Fonds in Höhe von 20 Millionen Euro fördert gezielt Projekte, die offene Plattformarchitekturen, interoperable Schnittstellen und gemeinwohlorientierte Geschäftsmodelle entwickeln. Damit werden Alternativen zu rein marktorientierten Plattformmodellen aufgebaut. Um die Abhängigkeit der Berliner Öffentlichkeit von Big-Tech-Plattformen zu verringern, stellen wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer und der Bundesebene im Land Berlin für Behörden, Organisationen und Vereine eine Mastodon-Instanz kostenfrei und unabhängig zur Verfügung."

Frage 2: Mindestlohn

SPD

Automatisch zusammengefasst: Verschärft Durchsetzung von Tariftreue und Mindestlohn

- Verschärfung der Durchsetzung von Tariftreue
- Verschärfung der Durchsetzung von Vergabemindestlohn

"Berlin setzt mit dem Vergabe- und Landesmindestlohn schon jetzt Maßstäbe für faire Bezahlung im öffentlichen Auftragswesen. Wir verschärfen die Durchsetzung von Tariftreue und Vergabemindestlohn, um Lohndumping zu verhindern und öffentliche Gelder konsequent an soziale Standards zu binden.

Auch Förderungen des Landes Berlin werden wir an Tarifbindung und Mitbestimmung koppeln. Zusätzlich wollen wir unsere Industrie stärken, indem wir regionale Wertschöpfung mit Local Content-Regeln in Vergaben und bei Förderungen bevorzugen.

Entschlossen gegen die Behinderung von Betriebsräten vorgehen

Wir schaffen eine Betriebs- und Personalrätekonferenz für den direkten Dialog zwischen Politik, Gewerkschaften und Betrieben. Wir stärken die Schwerpunktabteilung in der Staatsanwaltschaft, die Angriffe auf Mitbestimmung (Union Busting) konsequent verfolgt. Die Behinderung von Betriebsratsarbeit soll durch Bundesgesetz ein Officialdelikt werden.

Darüber hinaus stärken wir die Netzwerkstelle Gute Arbeit (Joboption Berlin), um eine unabhängige Arbeitnehmervertretung zu fördern. Mit einer Machbarkeitsstudie wollen wir zusammen mit den Gewerkschaften die Einrichtung einer Arbeitskammer Berlin prüfen. Wo es rechtlich möglich ist, wollen wir das Landespersonalvertretungsgesetz auf Religionsgesellschaften ausdehnen, um auch hier gute Arbeit zu sichern."

Grüne

Automatisch zusammengefasst: Fordert Anhebung des Mindestlohns

- Anhebung des Landesmindestlohns auf 16,50 Euro
- Erhebliche Erhöhung des Mindestlohns auf Landes- und Bundesebene
- Refinanzierung von Tarifsteigerungen bei Zuwendungsempfängern
- Verbindliche Verankerung von Mindestlohnregelungen bei öffentlichen Ausschreibungen

"Den Landesmindestlohn wollen wir deshalb armutsfest im Sinne der EU-Mindestlohnrichtlinie auf mindestens 16,50 Euro anheben und Tarifsteigerungen bei den Zuwendungsempfänger*innen refinanzieren."

"Wir kämpfen für gleiche, faire Löhne sowohl durch eine erhebliche Erhöhung des Mindestlohns auf Landes- wie Bundesebene als auch durch Erhöhung der Tarifbindung und unterstützen die gewerkschaftliche Selbstorganisation und die Gründung von Betriebsräten."

Linke

Automatisch zusammengefasst: Fordert höhere Mindestlöhne und gekoppelte Vergütung

- Kopplung von Landes- und Vergabemindestlohn an die Eingangsstufe des TV-L
- Regelmäßige Anpassung der Mindestvergütung an die allgemeine Lohnentwicklung
- Einsatz für steigende Mindesthonorare in allen Förderlinien

- Ausschluss von Unterlaufen des Mindestlohns bei Lehraufträge

"Landesmindestlohn und Vergabemindestlohn auf gleicher Höhe

Wir wollen einen Landes- und einen Vergabemindestlohn auf gleicher Höhe, die vor Armut schützen und auch im Alter ein Leben oberhalb der Grundsicherung ermöglichen. Außerdem soll die Mindestvergütung regelmäßig entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung steigen. Landes- und Vergabemindestlohn sollen deshalb gekoppelt sein an die Eingangsstufe des TV-L."

"Auf Bundesebene kämpft Die Linke deshalb auch weiterhin für die Anhebung des Rentenniveaus zur Lebensstandardsicherung, für Mindestrenten, die vor Armut schützen, und für einen Mindestlohn, der existenzsichernde Rentenansprüche sichert."

FDP

Automatisch zusammengefasst: Will Abweichungen vom Mindestlohngesetz ermöglichen

- Ermöglichung von Ausnahmen vom Mindestlohngesetz in Sonderwirtschaftszonen

"Sonderwirtschaftszone 'Frei-Kiez'

Wir schaffen für einen definierten Zeitraum mit definierten Zielen unter dem Namen 'Frei-Kiez' eine wissenschaftlich begleitete Sonderwirtschaftszone auf bisher unbebauter Fläche wie einem Teil des Tempelhofer Felds. Berlin nutzt dort konsequent alle bestehenden Experimentierklauseln und regulatorischen Sandboxes, beschleunigt Genehmigungsverfahren auf ein Minimum und entschlackt Bauvorschriften maximal. Gleichzeitig wirken wir auf Bundesebene darauf hin, dass Berlin durch Bundesgesetz ermächtigt wird, in dieser Zone von Arbeitszeitgesetz, Ladenschlussgesetz, Lieferkettengesetz und Mindestlohngesetz abzuweichen. Nach dem erfolgreichen Vorbild der London Docklands schaffen wir so einen Standort für experimentelle Wirtschaftsmodelle, der echte Innovation 'bei null' ermöglicht.

Wenn die Sonderwirtschaftszone nach wissenschaftlicher Auswertung erfolgreich war, wollen wir regulatorische Erleichterungen, schnellere Verfahren und Experimentierklauseln grundsätzlich in ganz Berlin einführen. Unser Ziel ist eine freiheitliche Wirtschaftsordnung für ganz Berlin.

Gleichzeitig wirken wir auf Bundesebene darauf hin, dass Berlin durch ein Bundesgesetz ermächtigt wird, in dieser Zone von Arbeitszeitgesetz, Ladenschlussgesetz, Lieferkettengesetz und Mindestlohngesetz abzuweichen."

BSW

Automatisch zusammengefasst: Fordert Anhebung auf 15 Euro Mindestlohn

- Einführung eines Mindestlohns von 15 Euro

"Kein Arbeiter soll weniger als 15 Euro in der Stunde verdienen und kein Rentner mit einer Rente bis 2000 Euro Steuern bezahlen müssen. Dafür braucht es Bundesratsinitiativen des nächsten Senats!"